

## Das Atmen wird schwer

Der Schwager Liu Xiaobos interessiert China kaum

PEKING, 12. Juni Die dubiosen Umstände der Verurteilung Liu Huis, des Schwagers des inhaftierten Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo, zu elf Jahren Gefängnis haben in China selbst keine große Beachtung gefunden. Der Manager soll drei Millionen Yuan (etwa 365 000 Euro) unterschlagen haben, doch laut seinen Anwälten konnte keinerlei Beweis für eine Straftat vorgelegt werden; die Streitsache sei zivilrechtlicher Natur und durch Zurückzahlung der Summe im Übrigen längst beigelegt.

Liu Hui war schon im September vergangenen Jahres aus der Haft entlassen worden; aber nachdem im Dezember, trotz der polizeilichen Abschränkung, ausländische Journalisten und Bürgerrechtler zu seiner Schwester Liu Jia, der Frau Liu Xiaobos, vorgedrungen waren, war er im Januar abermals verhaftet worden. „Der Mangel an Transparenz ist das Hauptproblem“, meint dazu ein Blogger auf Weibo, dem chinesischen Twitter; daher könne man nicht objektiv urteilen – doch kaum einer, der sich auf dem Kurzmittelungsdienst zu dem Fall zu Wort meldet, hat einen Zweifel daran, dass es sich um einen Akt der Rache und der Einschüchterung handele, der mit Recht nichts zu tun habe. „Es gibt keine Hoffnung und keinen Ausweg, wenn man sich gegen die Partei stellt“, schreibt einer; ein anderer fasst die Stimmung so zusammen: „Das Atmen ist so schwer geworden.“

Doch im Vergleich mit anderen Skandalen, die die Erregungskurve auf Weibo in die Höhe treiben, gibt es nicht viele im Land, die sich überhaupt mit Liu Hui beschäftigen. Dabei sind mutmaßliche oder erwiesene Ungerechtigkeiten, gerade wenn sie verdeckt und von Parteistellen begangen werden, sonst ein großes Thema in China, und seit sogar der neue Staats- und Parteichef Xi Jinping persönlich sagte, die Macht solle „in einem Käfig von Gesetzen eingesperrt“ werden, beobachten viele Blogger und öffentliche Intellektuelle mit Argusaugen und spitzem Sarkasmus, wie sich die behauptete „Herrschaft des Rechts“ im Kampf mit der Parteikorruption schlägt.

Warum bekommt dann das Schicksal von Liu Xiaobo, der schon seit den achtziger Jahren eine bekannte intellektuelle Stimme in China war, seiner Frau und jetzt seines Schwagers ein vergleichsweise schwaches Echo? Gewiss hat es damit zu tun, dass der Name des Nobelpreisträgers konsequenter als andere von der Zensur aus dem chinesischen Netz getilgt wird. Doch bei anderen Themen haben chinesische Kritiker bewiesen, dass sie solche technischen Schranken, wenn es drauf ankommt, zu umgehen wissen.

Der Wahrheit näher dürfte eine Einschätzung kommen, die ein Blogger jetzt als Kommentar zu Liu Hui äußerte: „Die Demokratie ist für das Volk gemacht. Menschen, die sich mit chinafeindlichen Kräften im Ausland zusammmentun, kommen nicht in ihren Genuss.“ Der Satz nimmt auf die Unterscheidung Bezug, die Mao zwischen „Widersprüchen im Volk“ und denen „zwischen uns und dem Feind“ gezogen hatte: Erstere könnten durch die „Methode der Demokratie“ beigelegt werden, also durch Diskussion, Kritik, Überzeugung und Erziehung. Diejenigen aber, die sich dem Aufbau des Sozialismus selbst entgegenstellten, müssten einfach „hinausgesäubert“ werden.

Es sieht so aus, als sei dieses Freund-Feind-Denken, das die Geltung von Demokratie und Recht unter den Vorbehalt der grundsätzlichen Zustimmung zum System stellt, nicht nur für die heutige Parteilichung maßgebend geblieben. Anscheinend hat es sich als instinktives Verhaltensmuster auch in die öffentlichen Debatten eingeschlichen. Wer von ganz oben als „Feind“ identifiziert ist, wird auch von kritisch eingestellten Disputanten kaum mehr erwähnt – selbst dann, wenn es sich bei Liu Xiaobo um jemanden handelt, der gar nicht für einen abrupten Umsturz, sondern für eine graduelle Reform eintritt. Dabei mögen taktische Erwägungen eine Rolle spielen, um sich beim Eintreten für Veränderungen nicht auf aussichtslos gewordene Gewährleute zu stützen. Jedenfalls deutet es darauf hin, wie tief das maoistische Abstempelungsverfahren auch heute noch in China wirksam ist, bis in demokratische Milieus hinein. MARK SIEMONS

## Bochum baut

Konzertthaus kommt, Sloane bleibt

Anfang Mai war der erste Spatenstich. Das Konzerthaus in Bochum, das eigentlich schon 2010, im Jahr der Kulturhauptstadt Ruhr, bereitstehen sollte, wird endlich gebaut. Lange hat Steven Sloane, seit 1994 Generalmusikdirektor der Stadt, sich für den Bau eingesetzt, Spenden gesammelt, Programmkonzepte entwickelt, damit die Bochumer Symphoniker eine eigene Spielstätte erhalten – bislang konzertieren sie unter akustisch ungünstigen Bedingungen im Bochumer Schauspielhaus. Das auf 33 Millionen Euro veranschlagte Konzerthaus-Projekt ist umstritten: 25 000 Spenden haben sich für, mehrere tausend Bochumer Bürger mit ihrer Unterschrift gegen den Bau ausgesprochen. Nun hat die Stadt sichergestellt, dass Sloane das neue Musikzentrum, das die benachbarte Kirche St. Marien als Kammermusiksaal einbeziehen und 2015 fertig sein soll, auch eröffnen wird: Der Vertrag mit Sloane wurde über den 31. Juli 2014 hinaus um weitere sechs Jahre bis 2020 verlängert. aro.



Vollziehen die Grünen nach dem Marsch durch die Institutionen nun den Marsch in die Öko-Diktatur? Die Teletubbies gehen schon mal voran.

Foto ddp images

## Lest doch bitte euren Popper richtig

Ich schlage vor, dass wir zur Sachlichkeit zurückkehren: Reinhard Loske wirft mir in seinem Artikel „Ein Denker unserer Zeit“ (F.A.Z. vom 6. Juni) die Deformation des Liberalismus vor; ich reduzierte den Liberalismus auf eine pure Markt- und Wachstumsideologie. Loske „belegt“ seine Sicht mit einer Sammlung von Kurzzitaten, die er nebeneinanderstellt, ohne auf die zugrunde liegende Argumentation einzugehen. Dadurch entsteht das Bild einer aggressiven Verantwortungslosigkeit und mit ihm eine groteske Verzerrung jener Position, die viele Liberale und ich selbst in den aktuellen Debatten einnehmen.

Grundlage dieser Position ist eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit: In einem Land mit stagnierender Bevölkerung entsteht Wirtschaftswachstum nurmehr durch die Umsetzung neuer Ideen in marktfähige Waren und Dienstleistungen. Es ist „schöpferische Zerstörung“, wie dies Joseph Schumpeter nannte – Altes verschwindet, Neues kommt. Der Wettbewerb sorgt für immer mehr, für vielfältigere und bessere Güter. Je weiter eine Volkswirtschaft entwickelt ist, umso mehr neigt sich dabei die Waage vom rein quantitativen zum qualitativen Wachstum.

Geht es in bitterarmen Ländern der Welt vor allem noch um „mehr“ von allem, steht in Deutschland der Wandel technischer Charakteristika der Produktwelt im Vordergrund: Autos, Fernseher und Waschmaschinen verbessern sich, werden bedienungsfreundlicher und ökologischer; Personalcomputer, Smartphones und iPads erweitern die Welt der Kommunikation. Die Entdeckungsfreude des Marktes erlaubt erst den Fortschritt – auch in Form höherer Einkommen, die über höhere Steuereinnahmen die solide Finanzierung des Sozial- und Kulturstaats ermöglichen. Tatsächlich hat das Wachstum hierzulande das Leben der Menschen rundum angenehmer gemacht; und in der Weltwirtschaft hat es die globale Armut drastisch reduziert. Was ist daran schlecht?

Die zentrale Antwort der Kritiker lautet: Der Ressourcenverbrauch und die Belastung des Planeten Erde sind daran schlecht. Sie fordern deshalb eine radikale Umlenkung der Marktprozesse und Marktergebnisse, massiv und schnell – hin zu einer Welt, in der übergeordnete ökologische Ziele vom Staat vorgegeben und deren Erreichen vom Staat auch konsequent durchgesetzt werden. Dagegen haben Liberale wie ich größte Bedenken. Diese beruhen auf einer philosophischen Grundhaltung, die am besten mit dem Kritischen Rationalismus in der Tradition von Karl Popper (1902 bis 1994) beschrieben werden kann.

Popper wandte sich zeit seines langen Lebens wissenschaftstheoretisch gegen jede Form der Dogmatisierung und Immunisierung von Theorien. Stete Bereitschaft zur Falsifikation von Hypothesen durch Beobachtungen war sein Credo. Dem entsprach politisch sein leidenschaftliches Plädoyer für die offene Gesellschaft: die fortwährende Suche nach dem richtigen Ansatz, das Vortasten der Politik durch „Stückwerktechnologie“, also „trial and error“, das Optionen offenlässt und sich immerfort der jeweiligen Grenzen unseres Wissens bewusst ist. Und vor allem eines hat: Respekt vor den persönlichen Wünschen der Menschen, ihrem ureigenen Traum vom Glück. Popper warnte davor, die Bürger

Ja, ich bin für Markt, Wachstum und Konsum. Was ist so schlimm daran? Wachstum hat das Leben angenehmer gemacht. Und die Entdeckungsfreude des Marktes erlaubt doch erst den Fortschritt. Eine Antwort auf Reinhard Loske. Von Karl-Heinz Paqué

per Obrigkeitsstaat zu beglücken. Der Adressat der Warnungen waren seinerzeit Kommunismus und Planwirtschaft. Berühmt sein Satz: „Die Hybris, die uns versuchen lässt, das Himmelreich auf Erden zu verwirklichen, verführt uns dazu, unsere gute Erde in eine Hölle zu verwandeln.“ Heute ist der Adressat der Warnungen die grüne Vormundschaft über die Menschen. Diese ist zweifellos viel harmloser als die sozialistischen Großexperimente des zwanzigsten Jahrhunderts. Aber das könnte sich ändern. Genau hier setzen viele Liberale (mich eingeschlossen) mit unserer Kritik an. Wir beobachten eine zunehmende Hybris der Gewissheit, die sich unter den Vertretern einer radikalen ökologischen Wende breit macht. Man kann dies an den Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), aber auch an den Diskussionen in der gerade abgeschlossenen Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ festmachen.

Loskes aufgeregte Stellungnahme zu meiner Position ist ein weiteres Indiz dafür: Wer auch nur den Hauch von Kritik und Zweifel an der Modellierung des Klimawandels äußert, gilt als Ewiggestriger; wer auf globaler Ebene pragmatisches Verhandeln und nicht einseitiges Vorpreschen Deutschlands empfiehlt, gilt als verantwortungsloser Bremsler; und wer auf den fundamentalen Konflikt zwischen individueller Freiheit und staatlicher Lenkung mit Nachdruck hinweist, gilt als unverbesserlicher Konsumfetischist ohne eine Ethik verbindlicher Gemeinschaftswerte.

Mit kritischem Rationalismus hat das alles nichts zu tun

Gerade in Deutschland sind die grünen Mahner gegenüber dem Klimawandel sehr intolerant, ungeduldig und hochfahrend geworden. Dies hat wissenschaftlich inakzeptable Folgen: Eine nüchterne Bestandsaufnahme der politischen Optionen ist nicht mehr wirklich erwünscht, denn sie könnte die lautstarken Forderungen nach dem sofortigen Beginn des radikalen Umstuerens gefährden. Wir haben genug diskutiert, so lautet die Botschaft. Die Frage nach den Opportunitätskosten einer Politik, die klassische Domäne der Ökonomen, bleibt dabei unbeantwortet. Es gilt: schnellstmöglicher Abmarsch in Richtung „große Transformation“, koste es, was es wolle; denn wir wissen ganz sicher, dass wir das Richtige tun, um die drohende ökologische Katastrophe im 21. Jahrhundert zu verhindern. Mit kritischem Rationalismus hat dies alles nichts zu tun, wohl aber mit einem ideologischen Gefecht, das mit kompromissloser Entschlossenheit geführt wird.

Stärker noch wiegen die politischen Folgen: Wer die drohende Katastrophe als so gut wie sicheres Szenario entwirft, wird schnell geneigt sein, auch weitreichende Eingriffe des Staates ohne viel Federlesen zu legitimieren. Der schöne Konsum muss sich eben den übergeordneten Erfordernissen anpassen. Tatsäch-

lich liegt hier der gefährlichste Teil der „großen Transformation“. Sie braucht den demokratischen Ritterschlag, also letztlich die Zustimmung des Volkes – und zwar nicht nur als Wähler, sondern auch als Verbraucher. Hier lauern enorme Gefahren. Beispiele liegen auf der Hand, so etwa die Diskussion um die sogenannten Rebound-Effekte bei Kraftfahrzeugen, die auch Loske erwähnt.

Tatsächlich aber sind die Motoren unserer Automobile in den vergangenen letzten Jahrzehnten erheblich umweltfreundlicher geworden, vor allem durch weniger Kraftstoffverbrauch pro Leistungseinheit, fraglos eine beachtliche Leistung der Innovationskraft unserer Industrie. Dies hat aber noch nicht zu einer absoluten Senkung des Ausstoßes von Emissionen geführt, weil die Menschen tendenziell größere und stärkere Automobile kaufen. Sie erwerben damit mehr Komfort und mehr Sicherheit für ihre Familien – und die Opferzahlen von Unfallstatistiken bestätigen, dass sie damit absolut richtig lagen. Ist das nun schöner Konsum oder völlig vernünftiges, verantwortungsvolles Verhalten? Aus grüner Sicht ist es vor allem ein skandalöses Scheitern der Politik, weshalb dringend massive staatliche Lenkungen gefordert werden – zur Eindämmung des Rebound-Effekts. Aber wie könnten diese aussehen? Verbot des Baus oder Erwerbs großer Autos oder massive Besteuerung, bis sich nur noch wenige sehr Reiche große Autos leisten können? Da dies verteilungspolitisch unerwünscht ist, im nächsten Schritt eine drastische Reichensteuer? Oder gar eine Art Pranger für Menschen, die weiterhin große Autos fahren wollen?

Ähnliche Fragen stellen sich im Bereich des Wohnungsbaus. Ernst Ulrich von Weizsäcker hat in seinen Büchern überzeugend gezeigt, dass es technisch möglich ist, den Energieverbrauch drastisch zu senken – er sprach zuletzt vom „Faktor 5“, also einer Abnahme um achtzig Prozent. Voraussetzung ist allerdings nicht nur ein gigantisches Investitionsprogramm, sondern eben auch eine grundlegende Veränderung der Wohn- und Lebensgewohnheiten: vom Land zur Stadt, vom isolierten Häuschen im Grünen zur wärmenden Nachbarschaft der urbanen Ballung oder auch von der bürgerlichen Eleganz der Gründerzeitbauten in die Welt der Dämmstoffe. Dies ist alles physisch möglich, aber was macht man, wenn die Menschen dies nicht wollen, weil ihre Glücksvorstellungen andere sind?

Das systemische Problem ist offenkundig: Begibt sich der Staat einmal auf den Weg, auf die Konsumenten und Produzenten lenkend einzuwirken, dann entsteht eine Interventionsspirale, wie dies schon Ludwig von Mises (1881 bis 1973) genannt hat: Ein Teil der Menschen entscheidet, der Staat zieht nach. Der Grund ist einfach: Weil das kollektive Ziel kompromisslos und unverrückbar bleibt, muss eben immer wieder „nachgebessert“ werden. Der Staat beginnt sich systematisch zu überfordern, die Freiheit

wird Stück für Stück eingeeignet. Und dies nicht nur bei der Wahl von Kraftfahrzeugen und im Wohnungsbau.

Weitere Beispiele liegen auf der Hand, so etwa bei Umweltzertifikaten, deren marktwirtschaftlicher Preis als „zu niedrig“ angesehen wird; oder bei Biokraftstoff, dem die Menschen misstrauen – zu Recht, weil er wegen der Flächenkonkurrenz mit dem Anbau von Brotgetreide dem Klimaschutz eher schadet und zu Monokulturen in der Landwirtschaft führt.

Die Menschen sollen denken: Verzicht ist gut

Offenkundig ist dies ein gefährlicher Weg. Deshalb setzen die Befürworter der „großen Transformation“ rhetorisch nicht nur auf den Staat, sondern auch auf Erziehung und Aufklärung: Die Menschen sollen von sich aus zu der Überzeugung kommen, dass der Verzicht gut für sie ist. Tatsächlich betrachtet Loske genau diese Erkenntnis als eine Art höhere Form der Freiheit, die zu gewährleisten sei. Wie dies geschehen soll, lässt er offen, aus guten Gründen, denn dahinter lauert etwas vermintes Terrain. Immerhin geht es nicht nur um eine allgemeine Erziehung zu verantwortlichem Handeln, wie sie ja selbstverständlich sein sollte. Es geht um härtere Erziehungsarbeit nach dem Motto: Du, lieber Konsument, musst lernen, nach den Maßgaben einer ökologisch orientierten Obrigkeit zu leben, und wenn du dies nicht tust, wirst du deiner Verantwortung als Mitglied der Gesellschaft nicht gerecht. Du wirst zum ökologischen Außenseiter. Willst du das wirklich?

Für Liberale sind dies schauerliche Vorstellungen. Sie erinnern in fataler Weise an frühere Großexperimente der Volksbeglückung samt ihrer fürchterlichen Propaganda. Sie haben nicht das Geringste zu tun mit den großen liberalen Erziehungsidealen von Wilhelm von Humboldt und John Stuart Mill, die auf Ausbildung reifer, eigenverantwortlicher Persönlichkeiten zielten. Humboldt und Mill wollten gerade keine Anreizmaschinen heranzüchten, die auf staatliche Drohungen, Lenkungen und Anstöße („nudges“) reagieren. Ist es nicht deshalb völlig verständlich, dass in der derzeitigen Diskussion Liberale vor einem solchen Weg warnen? Wir tun dies natürlich nicht, weil wir jedwede Regulierung des gesellschaftlichen Lebens ablehnen. Wir tun es, weil wir die Gefahren der Lenkung besonders deutlich erkennen, völlig gleichgültig, ob die Lenkung gesetzlich oder erzieherisch erfolgt. Das schließt eine pragmatische Politik zur Verbesserung der Umwelt und zum Klimaschutz überhaupt nicht aus, jedenfalls solange sie sich im Rahmen von Karl Poppers „Stückwerktechnologie“ bewegt, mit offenen Optionen sowie Möglichkeiten der Revision und Umkehr.

Loske liegt also im Kernpunkt falsch: Starre Ideologie findet sich heute nicht bei denen, die für Marktwirtschaft plädieren, sondern bei jenen, die eine „große Transformation“ um jeden Preis durchsetzen wollen. Die Frontlinie zwischen liberalem und grünem Denken liegt bei der Frage der staatlichen Vormundschaft, und da wird sie wahrscheinlich für einige Jahre bleiben. Es könnte, wenn wir sachlich bleiben, durchaus eine wichtige, fruchtbare sozialphilosophische Diskussion werden, und zwar weit über die Fragen des Wachstums und der Klimapolitik hinaus.

## Neue Köpfe für Salzburg

Alexander Pereira verlässt die Festspiele schon 2014

Es war seit längerem zu erwarten. Die ständigen Reibereien zwischen dem Intendanten der Salzburger Festspiele, Alexander Pereira, und deren Aufsichtsrat über Finanzen, Sponsoren, Spielplanausweitungen und so fort, mündeten jetzt explosionsartig in eine finale Entscheidung: Pereira, dessen Vertrag eigentlich bis 2016 laufen würde, scheidet nach den Festspielen 2014 vorzeitig aus. Die zwei folgenden Jahre wird ein Interimsintendant, Schauspielchef Sven-Eric Bechtolf, die Festspiele leiten, 2017 soll ein neuer „Chef“ kommen – die Ausschreibung des Postens erfolgt schon jetzt.

Seit dem Ende der Karajan-Ära wiederholen sich die missliebigen Ereignisse bei den Festspielen mit unschöner Regelmäßigkeit. Gerard Mortier, als Wundermann aus Brüssel geholt, geriet alsbald nach seiner phantasievollen Quirligkeit und seinem Enthusiasmus mit dem Festspielkuratorium in Streit. Als er sogar die teuren Wiener Philharmoniker gegen ein eigenes, preisgünstigeres Festivalorchester einzutauschen wünschte, brach im fernen Wien die Staatskrise aus. Thema erledigt. Mortiers Nachfolger, der Komponist und Dirigent Peter Ruzicka, setzte die von Mortier eingeleitete Modernisierung der Festspiele fort. Als er aber, wider die Absprache, seine Arbeit als Leiter der Münchner Biennale für Neues Musiktheater, immerhin eine Gründung Hans Werner Henzes, noch ein Jahr lang fortzusetzen gedachte, ging in Salzburg der Sturm los: Unser Intendant gehört uns! So die Devisen. Ruzicka wurde von den Gerichtshof, Pardon: das Kuratorium zitiert – und teilte kurz und bündig mit, dass er seinen Vertrag nicht verlängern werde.

Anschließend geriet Nachfolger Jürgen Flimm in die Kuratoriumsmühle. Als durchsickerte, dass er mit Berlin über die Leitung der Lindenoper verhandelte, war es aus. Flimm verließ Salzburg ein Jahr früher als geplant und verschaffte so dem Pianisten und „Zeifluss“-Gründer Markus Hinterhäuser einen unjubilanten Interims-Intendanten-Auftritt. Hinterhäuser, der eigentlich bei den Wiener Festwochen gebunden ist, wird denn auch bereits offen als Favorit für die Pereira-Nachfolge gehandelt.

Es gab in Salzburg viele, die Hinterhäuser schon nach 2011 als Intendanten behalten wollten. Aber da tauchte am Horizont des Kuratoriums der erfolgreichere Pereira auf, der die Oper Zürich zu internationaler Bedeutung geführt hatte. Und der vor allem als genialer „Spürhund“ für potente Sponsoren galt. Geld war in Salzburg immer schon das Thema Nummer eins. Also wurde es Alexander Pereira. Jubel, Freude überall. Kurzfristig.

Jetzt hat es auch Pereira erwischt. Missstimmung breitete sich schon im ersten Jahr aus. Pereira's weiträumige Konzeption für die Zukunft der Festspiele missfiel den Kuratoren, machte ihnen regelrecht Angst: immer höhere Sponsoren-Akquisitionen, immer umfangreichere Spielpläne. Pereira hatte schnell das Grundübel der Festspielfinanzierung erkannt: Wenn die öffentlichen Zuschussgeber die von ihnen mit den Tarifpartnern ausgehandelten Lohnerhöhungen nicht mehr ausgleichen, können diese Steigerungen nur noch aus dem Etat der Festspiele beglichen werden. Das bedeutet: Jahr für Jahr müssen die Festspiele mehr Geld für Lohnkosten aufbringen. Das lässt wiederum den künstlerischen Etat ausbluten, der in Anbetracht der ohnehin schon abnorm hohen Eintrittspreise kaum mehr zu erhöhen ist. Man konnte leicht errechnen, dass in spätestens zehn Jahren in Salzburg kein Geld mehr für neue Aufführungen zur Verfügung stehen würde.

Pereira sah das sehr genau. Aber so etwas wird in Salzburg ungern zur Kenntnis genommen. Im preußischen Verwaltungsrecht gab es eine – satirische – Definition für dessen Arbeitsweise: „Das haben wir immer so gemacht“, „Das haben wir noch nie so gemacht“ und: „Da kann ja jeder kommen“. Preußen liegt derzeit ganz real in Salzburg. Das Kuratorium aus drei Vertretern der Politik, einem Abgeordneten des örtlichen Fremdenverkehrs sowie dem Bürgermeister der Stadt Salzburg ist unfähig, sich aus den gewohnten, etwas provinziellen Bahnen zu bewegen: Unser Intendant gehört uns. Teilung mit anderen Institutionen darf und soll es nicht geben.

Also geht Alexander Pereira – nach Mailand, als Scala-Intendant. Ab 2015. Ihm erschien wohl die Taube auf dem Dach attraktiver als der Spatz in der Hand. Dabei wäre es denkbar gewesen, aus der veränderten Konstellation etwas Konstruktives zu gewinnen: eine attraktive neue Mailänder Produktion als Premiere bei den Salzburger Festspielen beispielsweise – zum Salzburger „Otello“ von Verdi etwa den Mailänder „Otello“ von Rossini. Oder zu Verdis Salzburger „Maskenball“ eine hochkarätig besetzte Aufführung von Aubers gleichnamiger Oper aus der Scala. An Ideen sollte es nie fehlen. Man muss nur Ideen haben.

Die Salzburger Festspiele brauchen für ihr Kuratorium endlich beweglichere, phantasievollere neue Köpfe. Politische Betonköpfe haben in der Kultur keine Zukunft. GERHARD ROHDE